

Donnerstag (Vormittag), 10. März 2022 / Jeudi matin, 10 mars 2022

2. Priorität – Staatskanzlei / 2^e priorité – Chancellerie d'Etat

**53 2021.RRGR.222 Motion 153-2021 glp (von Arx, Schliern b. Köniz)
Wechsel auf ein konsistenteres Regierungswahlsystem**

**53 2021.RRGR.222 Motion 153-2021 pvl (von Arx, Schliern b. Köniz)
Election du Conseil-exécutif : passage à un système plus cohérent**

Le président. Je salue la présence de M. le chancelier d'Etat Christoph Auer et de ses collaboratrices et -teurs. Pour les affaires des points 53 et 54 de l'ordre du jour, je laisse la direction aux deux vice-présidents.

Der Vizepräsident übernimmt den Vorsitz. / Le vice-président prend la direction des délibérations.

Vizepräsident. Wir behandeln unter diesem Traktandum eine Motion von glp-Grossrat von Arx. Die Diskussion ist frei, der Regierungsrat empfiehlt die Ablehnung.

Casimir von Arx, Schliern b. Köniz (glp), Motionär. Die vorliegende Motion stellt zwei Forderungen: Die eine ist die Umstellung des Regierungswahlsystems von Majorz auf Proporz, und die andere ist die Umgestaltung des Wahlzettels bei Majorzwahlen, damit das Ausfüllen intuitiver wird. Ich äussere mich im Folgenden zum Wechsel von Majorz auf Proporz:

Die Proporzwahl bringt im Vergleich zum heutigen Wahlsystem wichtige Vorteile. Die Parteien erhalten bei den Proporzahlen die Möglichkeit, dem Volk innerhalb der Partei – bzw. innerhalb der politischen Strömungen – eine Auswahl zu bieten. Das ist heute nicht der Fall. Obwohl wir theoretisch 7 oder mehr Personen aufstellen könnten, passiert das nicht – sogar auf den grossen Tickets. Es stehen nur 4 Personen zur Wahl, und das ist kein Zufall. Das heutige Wahlsystem zwingt die Parteien dazu, höchstens so viele Leute aufzustellen, wie sie in die Regierung bringen wollen. Das aber bedeutet, dass das Volk innerhalb der bevorzugten politischen Strömungen gar keine Auswahl hat. In dieser Hinsicht haben wir heute eine Wahl ohne Auswahl. Dieser Umstand unterwandert auch den Anspruch der Majorzwahl, eine Personenwahl zu sein. Nicht ohne Grund schreibt der Regierungsrat in seiner Antwort etwas zurückhaltend, dass das heutige System als Persönlichkeitssystem *gelte*.

Mit einer Proporzwahl hingegen erhält das Volk eine echte Auswahl; die Parteigremien bestimmen weniger vor, dafür kann sich eine Partei breiter präsentieren und Aufbaukandidaturen lancieren. Last but not least: die heutige Wahlpraxis im Kanton Bern mit den 3 Regierungsratstickets läuft ohnehin schon so ab wie eine Proporzwahl. Man präsentiert sich in Allianzen, die aufgrund der Partei gebildet werden, und weil es ja – wie gerade dargelegt – keine Auswahl innerhalb der politischen Strömung gibt, wählt man auch im Wesentlichen nach der Partei. Vielsagend ist zudem, dass im Zusammenhang mit den Regierungsratswahlen jeweils vom so genannten Freiwilligenproporz die Rede ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist nichts als konsequent, wenn wir das Wahlsystem diesen Umständen anpassen und offiziell im Proporz wählen. Die Proporzwahl von Exekutiven hat im Kanton Bern eine lange Tradition, und dies hat sich bewährt. In vielen Gemeinden wird die Regierung im Proporz gewählt – gerade auch in grösseren Gemeinden und Städten, wo sich die meisten Leute nicht persönlich kennen. Das funktioniert bestens, und bringt keine unerwünschten Nebenwirkungen mit sich. Und wenn man es sich genau anschaut, dann ist eigentlich eine Proporzwahl von Regie-

rungen in unserem Kanton der Normalfall. Es ist nicht ersichtlich, wieso das gerade bei der Kantonsregierung anders sein sollte.

Zu der anderen Berner Spezialität: Mit der Proporzwahl wird auch die Stellung und die Akzeptanz des Jura-Sitzes gestärkt. Heute ist es nämlich so, dass der Jura-Sitz die Mehrheit der Kantonsregierung kippen kann, und das bringt der Institution Kritik ein. Diese Kritik können wir ausräumen, indem wir den Jura-Sitz dem Proporz anrechnen. Das kann ungefähr so funktionieren: Alle 7 Sitze werden im Proporz gewählt. Und wenn die Person, die den Jura-Sitz gemacht hat, nicht ohnehin schon via Proporz gewählt ist, dann wird der Jura-Sitz den Sitzen der Partei angerechnet, die eben den Jura-Sitz gemacht hat. Es ist in der Regel eine grössere Partei, die den Jura-Sitz macht.

Der Gesamtproporz wird somit nicht verzerrt. Nur falls die Partei, die den Jura-Sitz gemacht hat, im Gesamtproporz keinen Sitz machen würde, dann müssten andere Parteien zurückstehen. Das ist aber eher ein theoretisches Problem. In der Vergangenheit wäre es wohl nie so weit gekommen, wenn man die Regel, die ich beschrieben habe, bereits angewendet hätte. Mit dem neuen Modell wäre es zudem sogar möglich, dass man den Jura-Sitz im Berner Jura im Majorz wählt.

Die Proporzwahl des Regierungsrates kennt eine lange Geschichte der Unterstützung: In den Jahren 1932 und 1988 wurde über eine Initiative der SP zur Einführung von Proporz für die Regierungsratswahlen abgestimmt. Der Grosse Rat hat sich zuletzt 2003 mit dieser Frage befasst. Er hat damals eine Motion der späteren grünen Parteipräsidenten Regula Rytz mit dem Titel «Proporzwahlen für den Regierungsrat» (M 097-2002) behandelt. Lassen Sie uns die Geschichte heute zu einem guten Ende führen und stimmen Sie dieser Motion zu. Falls Sie noch unsicher sind, können Sie unbesorgt sein: Der abschliessende Entscheid ist ja damit noch nicht gefällt. Wenn wir heute diesen Vorstoss überweisen, dann bereitet der Herr Staatsschreiber unter anderem eine Vorlage für eine Änderung der Kantonsverfassung vor. Darüber können wir in der nächsten Legislatur noch einmal befinden, und das letzte Wort hat sowieso das Volk, wie immer bei Änderungen des Wahlsystems.

Vizepräsident. Auf der Tribüne möchte ich die Klasse 8c mit ihren Lehrern Frau Ehrenzeller und Herr Pfister des Oberstufenzentrums Rapperswil begrüssen. Herzlich willkommen hier bei uns! (*Applaus / Applaudissements*)

Pierre-Yves Grivel, Biel/Bienne (PLR), porte-parole de groupe. Une fois de plus, une demande sous la forme d'une motion concernant le mode d'élection du gouvernement. Le motionnaire veut passer du mode majoritaire au mode proportionnel. Ces dernières années, les différentes tentatives d'introduction du scrutin proportionnel ont toutes échoué. 1988, 1990, plusieurs motions – Rytz, Bernasconi, Daetwyler – ont amené le gouvernement à présenter un rapport au Grand Conseil concernant l'élection des membres du Conseil-exécutif au scrutin proportionnel. Ce rapport se fondait sur une étude de l'Université de Berne, des professeurs Tschannen et Herrmann, et toutes les déclarations de planification en fonction visaient également à promouvoir ce système proportionnel. Toutes ces planifications ont échoué. Le 2 juin 2015, le Grand Conseil refusait par 118 voix contre 23 et 10 abstentions la motion Messerli/Gsteiger (M 183-2014). Et sept ans après, maintenant c'est rebelote, et on en reparle évidemment en période d'élection. Les arguments pour le mode majoritaire n'ont pas changé. Dans le système majoritaire, l'élection donne la priorité à la personnalité des candidats ou des candidates ; dans le système proportionnel, c'est plutôt la répartition des sièges entre les partis qui serait d'actualité. Le groupe PLR suivra la recommandation du gouvernement, à savoir le rejet de la motion.

Chers collègues, permettez-moi un petit message : c'est la dernière fois que je prends maintenant la parole en français à cette tribune. Après 16 ans passés dans ce vénérable bâtiment cantonal, je vais vous quitter. Chers collègues, prenez soin de vous, prenez soin de notre canton, soutenez la minorité francophone et le bilinguisme de votre canton. Restons un canton pont entre les langues et les régions de notre pays et offrons les bons offices pour cette particularité. Soyez-en fiers. Au revoir, tschou zäme. (*Applaus / Applaudissements*)

Vizepräsident. Vielen Dank für deine schönen Abschlussworte – aber wir wollen dich während der nächsten Tage schon noch ein bisschen sehen hier! (*Heiterkeit / Hilarité*)

Jan Gnägi, Aarberg (Die Mitte), Fraktionssprecher. Besten Dank an die glp und die EVP für diesen interessanten Vorstoss, der auch in der Mitte-Fraktion zu sehr interessanten Diskussionen und Rechnungen geführt hat. Letzteres ist wahrscheinlich auch ein bisschen den bevorstehenden Wahlen geschuldet. Als Parteipräsident bin ich selbstverständlich überzeugt davon, dass die Mitte bei den Wahlen so gut abschneiden wird, dass wir auch Proporzahlen gut finden können, weil wir auch so einen Regierungssitz – oder zwei! – holen könnten. (*Heiterkeit / Hilarité*)

Die Mitte-Fraktion lehnt diese Idee trotzdem ab. Aus unserer Sicht eignet sich die Wahl der Berner Regierung nicht für eine Durchführung im Proporz. Das Proporzsystem ist selbstverständlich legitim. Es wird auch bei Parlamentswahlen und bei der Wahl von vielen Gemeindeexekutiven angewendet, und wir finden, dass das insbesondere bei den Parlamentswahlen natürlich richtig ist.

Die Regierung des Kantons Bern sollte aus unserer Sicht aber anhand eines möglichst transparenten, möglichst logischen Verfahrens gewählt werden. Wer am meisten Stimmen hat, ist gewählt. Punkt. Die ersten 7 sind gewählt. Punkt. Proporz hat selbstverständlich auch seine Logik, aber es ist unbestritten, dass die Eigenheiten von Proporzverfahren zu viel Unverständnis in der Bevölkerung führen. Personen auf der einen Liste haben zwar mehr Stimmen, als Personen auf der anderen, sind aber nicht gewählt, weil die Liste keinen Sitz hat etc. Dass die Bevölkerung das vielleicht weniger gut versteht, halten wir im Zusammenhang mit einer Regierungsratswahl nicht für gut.

Ehrlich gesagt sehen wir auch keinen Handlungsbedarf. Kein anderer Kanton wendet dieses Verfahren an. Wir haben eine Regierung hier im Kanton Bern, die aus 5 Parteien besteht; die Parteien sind also gut vertreten. Wir haben Regionen, die gut vertreten sind, und wer bei den Wahlen am meisten Stimmen holt, ist gewählt. Das ist richtig so. Deshalb lehnt die Mitte-Fraktion den Vorstoss grossmehrheitlich ab.

Samuel Kullmann, Thun (EDU), Fraktionssprecher. Die EDU-Fraktion unterstützt die Forderung 1 nach einer Proporzwahl des Regierungsrates. Wir sind der Überzeugung, dass eine Proporzwahl in erster Linie Vorteile bringt. Viele haben wir schon gehört. Ich denke, die Auswahl der Kandidierenden ist nicht zu unterschätzen. Auch die politische Stabilität, die Proporzahlen mit sich bringen, tut unserem Kanton gut.

In den letzten drei Jahren wurde ich verschiedentlich eingeladen, in verschiedenen afrikanischen Ländern mit Politikern über das politische System hier in der Schweiz zu sprechen. Unser politisches System zeichnet sich vor allem durch drei Aspekte aus, die es einzigartig machen – zumindest in dieser Kombination. Das eine ist ein stark ausgeprägter Föderalismus, das andere die halbdirekte Demokratie mit den regelmässigen Volksabstimmungen. Aber das, was unser politisches System sehr einzigartig macht, ist das Prinzip der Teamregierung – dass man also nicht einfach einen starken Chef hat, der vor den anderen steht, sondern ein Team. In der Regel – im Bundesrat und in den meisten Kantonsregierungen – sind es 7 Mitglieder.

Dieses System ist eine grosse Inspiration für Menschen in Afrika – Länder, die von vielen verschiedenen Religionen und vor allem Stämmen geprägt sind. Hier in der Schweiz haben wir keine Stämme, aber wir haben politische Lager. Wir haben unterschiedliche Parteien, unterschiedliche Ideologien und Weltanschauungen, die vertreten werden. Das ist gut, und es fördert die Stabilität, wenn jede Wählerschaft, jede weltanschauliche Gruppierung, die durch eine Partei vertreten wird und im Proporz einen entsprechenden Wähleranteil hat, die Möglichkeit hat, in der Berner Regierung einen Sitz zu erhalten.

Wir haben bereits ein sehr gutes System mit der Team-Regierung. Es sind bereits verschiedene Parteien von links bis rechts vertreten, und es ist nicht so, dass alles schlecht wäre. Das möchte ich hier nicht sagen. Aber wir können noch einen Schritt weiter gehen für mehr Stabilität, dafür, dass die Breite der politischen Meinungen noch besser vertreten ist, und dass die Fraktionen, die bis jetzt einfach nie eine Chance hatten, auch einmal grundsätzlich die Chance haben, einen Sitz in der Berner Regierung zu erhalten. All das spricht unserer Meinung nach für einen Systemwechsel.

Es gibt zudem kleinere Vorteile – z. B. dass es keine Ersatzwahlen braucht. Man könnte nachrutschen und im Regierungsrat sanfte Übergänge machen. Auch das würde aus unserer Sicht für diesen Systemwechsel sprechen. Insgesamt wäre es ein noch faireres System; die Bevölkerung wäre

in ihrer Pluralität und mit ihren unterschiedlichen Meinungen und Weltanschauungen noch besser vertreten. Ausserdem wäre das System gerechter. Deshalb sprechen wir uns ganz klar für diese Proporzwahl aus.

Barbara Josi, Wimmis (SVP), Fraktionssprecherin. Die SVP hat die Motion zur Einführung des Proporz bei den Regierungswahlen im Juni 2015 noch abgelehnt. Die vorliegende Motion hat uns auch zum Anlass gegeben, noch einmal grundsätzlich über die Frage zu debattieren und zu diskutieren. Wir sind in unserer Fraktionssitzung zu einer ganz neuen Lagebeurteilung gekommen. Das Majorzsystem wird standardmässig mit dem Slogan «Köpfe statt Listen» begründet. Wenn man aber die Praxis anschaut, gibt es eigentlich doch politische Lager. Es liegt keine klassische Majorzsituation vor. Das heutige Wahlverfahren erhöht aber die Gefahr, dass sich im Grossen Rat ergebende politische Mehrheiten in der Regierung aufgrund von unterschiedliche Wahlsystemen nicht gleichmässig abbilden. Das ist zwar auch bei einem Proporz möglich, doch die unterschiedliche Ausgestaltung der Wahlsysteme erhöht diese Gefahr. Unterschiedliche Mehrheiten in der Regierung und im Parlament hemmen die Gestaltungsfähigkeit der Politik.

Die SVP ist bereit, auch einen Schritt auf die kleineren Parteien zu zu machen. Sie haben mit Listenverbindungen in den Proporzahlen unserer Auffassung nach eher die Chance, selber Leute in die Regierung zu bringen. Wovor hat der Regierungsrat Angst? Die SVP will keine Denkverbote. Wenn wir heute der Motion zustimmen, muss die Regierung einen Vorschlag erarbeiten. Das hat der Motionär bereits gesagt. Dann muss es nochmals vom Grossen Rat bestätigt werden, und dann gibt es noch eine Volksabstimmung. Sollte sich eine praktikable Ausgestaltung des Proporzverfahrens wider Erwarten tatsächlich als unmöglich erweisen, wie z. B. diese Sitzgarantie, dann kann man immer noch zu einem konkreten Vorschlag Nein sagen.

Auf der Gemeindeebene gibt es ganz viele gute Beispiele von Proporzahlen – Stichwort Thun und Langenthal. Der Proporz ist dort fest etabliert. So falsch kann die Einführung von Proporz auf Stufe Kanton also gar nicht sein. Die SVP hilft deshalb heute, die Ziff. 1 der Motion zu unterstützen. Auch die Ziff. 2 unterstützt die SVP-Fraktion. Wir haben uns bereits gegen die Aufhebung von ausseramtlichen Wahlzetteln gewehrt, und der jetzige Vorschlag kann eine gewisse Verbesserung gegenüber dem Status quo darstellen. Ich bitte Sie, unserem Vorschlag zu folgen.

Urs Graf, Interlaken (SP), Fraktionssprecher. Im Namen der SP-Fraktion kann ich hier keinen zweiten Turnaround bekanntgeben, wie das jetzt gerade von der SVP gemacht wurde – offenbar in Einschätzung der kommenden Wahlen, bei denen sie mit einem Turnaround rechnen, was wir sehr begrüssen würden. (*Heiterkeit / Hilarité*) Wie in der Antwort des Regierungsrates erwähnt wird, gibt es sowohl Argumente für Majorz als auch für Proporz, und die Argumente wurden hinlänglich ausgetauscht. Entscheidend ist für uns Folgendes: 25 von 26 Kantonen haben Majorz, einer nicht.

Zweitens: Der Regierungsrat ist ein Amt, das wir mit der grösstmöglichen Autorität ausstatten müssen. Wir haben das gerade in Krisenzeiten gesehen. Dann muss der Regierungsrat die Führungsaufgaben übernehmen. Wie können wir in einer Demokratie Autorität übergeben? Nur mit demokratischer Legitimation. Der Proporz führt dazu – Jan Gnägi hat das gut erläutert –, dass Kandidatinnen und Kandidaten in der Regierung sitzen, die *bedeutend* weniger Stimmen erhielten als solche, die nicht gewählt wurden. Das würde vom Volk nicht verstanden. Es haben nicht alle das Proporzsystem verinnerlicht. Das führt zu Politfrust. Deshalb ist Majorz absolut das Richtige.

Weil wir uns sehr für Minderheiten einsetzen – wie Sie ja jetzt plötzlich auch (*Heiterkeit / Hilarité*) –, kommt für uns dazu, dass natürlich die Hausmacht der Personen im Proporzsystem in den Städten und in den Agglomerationen viel grösser ist als auf dem Land. Auch deshalb fürchten wir, dass der Proporz eine geografische Zentrierung auf die Stadt ergibt, was ja auch nicht Ihr Kernanliegen ist. Das wurde bereits gesagt: Der Berner Jura-Sitz ist im Proporz nicht überzeugend zu vergeben.

Und noch eine Bemerkung zu diesem Vorschlag anzukreuzen: Da spielt das Alphabet eine wesentliche Rolle. Denn: es wird Leute geben, die zu viele Kreuze machen. Dann müsste von unten her gestrichen werden. Das ist auch kein überzeugendes System. Wir sind in dieser Frage konservativ: Bleiben wir bei dem, was richtig ist!

Christoph Grupp, Biel/Bienne (Grüne), Fraktionssprecher. Es wurde mehrfach gesagt: Diese Debatte pro und contra Majorz respektive Proporz besteht seit langem. Und man ist schon lange auf der Suche nach der besten Lösung. Vielleicht wird man sie nie finden. Vielleicht ist einfach immer genau das, was im Moment gerade in Kraft ist für gewisse Kräfte die richtige Lösung und für diejenigen, die eben die Regierungsbeteiligung nicht haben, ist es die falsche Lösung. Ich denke, dass das immer bestehen wird; unabhängig davon, welches System wir gerade wählen – respektive das Volk wählt, es geht ja um eine Verfassungsänderung. Das wird immer so bestehen. Wir haben uns das auch überlegt bei den Grünen, und haben es uns nicht einfach gemacht. Regula Rytz wurde angesprochen. Und wir haben jetzt gerade bei der SVP gesehen, dass man offenbar auch innert kurzer Zeit plötzlich zu einer neuen Einschätzung kommen kann – je nachdem, wie man rechnet.

Zum Proporz möchte ich festhalten und gehe stark in die Richtung von dem, was Jan Gnägi hier gesagt hat: Wenn wir Proporzwahlen haben, ist es schon so, dass die Regierung zu einer gewissen Art von Mini-Parlament wird. Es würden dann eben einzelne Leute gewählt, die vielleicht weniger Stimmen haben als andere, die nicht gewählt sind, um eben die verschiedenen Parteistärken abbilden zu können. Das heisst eben, dass die Regierung auch schon zu einem kleinen Parlament wird. Ich finde, es reicht eigentlich, wenn man *ein* Parlament hat. Das ist dasjenige hier in unserem Kanton Bern: der Grosse Rat. Wenn wir das auch in der Regierung einführen heisst das, dass wahrscheinlich tatsächlich gewisse Regierungsentscheide schwieriger werden.

Majorz hat sicher den Vorteil, dass diejenigen, die gewählt sind, wirklich von einer Mehrheit vom Volk gewählt sind. Es gibt eine klare Reihenfolge – 1 bis 7. Vielleicht verhindert man durch diese echte oder bessere Volkswahl, die nicht nur auf dem Papier eine Volkswahl ist, dass gewisse Strömungen allenfalls in die Regierung kommen, die das staatstragende nicht in sich tragen. Da spreche ich jetzt nicht von jenen, die das eingereicht haben. Diesen würde ich das durchaus zutrauen. Aber es könnte ja sein, dass irgendwann durch eine Strömung eine Splitter-Gruppe in die Regierung gespült würde; dann wäre das Staatstragende vielleicht etwas schwieriger.

Für uns ist aber tatsächlich auch nicht wegzudiskutieren, dass es durch eine Majorzwahl eben zu einer gewissen Majorisierung kommt. Majorisierung ist die Mehrheit, die sich immer durchsetzt. Das macht Machtdenken und Machterhalt möglich. Das ist nicht wegzudiskutieren, und es gibt tatsächlich zwischendurch auch unschöne Effekte. In der Mehrheit der Kantone greift dieses System aber trotzdem gut und funktioniert auch gut.

Ich möchte auch noch die Aufmerksamkeit auf den Jura-Sitz lenken. Wir haben zwar gehört: Es gibt die Möglichkeiten. Man müsste dann noch anfangen, ein bisschen gröber zu rechnen, damit die Garantie für den Jura-Sitz umgesetzt werden kann. Diesbezüglich frage ich mich schon, was dann noch mit der Transparenz dem Volk, dem Stimmvolk und den Wählenden gegenüber bleibt. Können sie noch nachvollziehen, welche Person denn am Schluss genau für diesen Jura-Sitz gewählt wurde? Wenn wir nach Majorz vorgehen und eben auch diese relativ klare Reihenfolge haben, werden einfach einer oder zwei Sitze übersprungen, um den Jura-Sitz zu sichern. Das ist relativ einfach nachvollziehbar. Wenn wir hingegen anfangen müssen zu mitteln – und alles, was uns hier in der Antwort aufgezeigt wird –, wäre das meiner Meinung nach kein transparentes System mehr. Dies zu Ziff. 1.

Zu Ziff. 2 fasse ich mich kurz. Es gibt einzelne in unserer Fraktion, die finden, dass das etwas haben könnte; dort gibt es gewisse Sympathien. Mehrheitlich lehnt aber die Fraktion auch die Ziff. 2 ab. Zusammengefasst: Die Grünen empfehlen, wie die Regierung zu stimmen. Ich danke Ihnen, wenn Sie dem folgen.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Fraktionssprecher. Jetzt gegen Schluss haben ein paar Personen noch etwas zur Ziff. 2 gesagt. Sie ist ja so ein bisschen wie ein Eventualantrag formuliert. Deshalb ist eigentlich klar – und wir stellen hier jetzt auch den Antrag: Bitte ziffernweise abstimmen, weil sie ja quasi voneinander abhängen. Die Zweite würde, wenn die Erste angenommen würde, quasi wieder obsolet, und umgekehrt – auch darum bitte punktweise abstimmen.

Bei solchen Vorstössen ist natürlich die Gefahr gross, dass immer wieder auf vergangene Vorstösse hingewiesen wird. Ich finde das etwas müssig. Jeder Entscheid kommt häufig nach mehreren Anläufen zustande, und deshalb finde ich es müssig, wenn wir hier immer wieder auf Entscheide,

die abgelehnt wurden, hinweisen. Wobei, Urs Graf: Dieser Turnaround kam jetzt nicht irgendwie nur bei ihnen. Sie haben ja bereits zwei Volksinitiativen eingereicht. Irgendwo muss also dieser Turnaround bei ihnen auch passiert sein, ich weiss einfach nicht genau, wann.

Das bringt mich zum Wort Transparenz, das mehrere Male genannt wurde. Jan Gnägi hat etwas von Transparenz gesprochen, und Christoph Grupp von den Grünen. Ich habe keine Ahnung, wie die Kandidierenden auf das Schild gehoben wurden. Ich weiss es nur gerade von Casimir von Arx, weil ich Mitglied seiner Partei bin. Aber alle anderen haben diese Transparenz nicht. Ich weiss nicht, weshalb Jan Gnägi nicht Regierungsratskandidat wurde, dafür eine Frau, deren Namen ich immer noch nicht kenne. (*Heiterkeit / Hilarité*) Das ist für mich nicht transparent! Das hat damit zu tun, dass das alles irgendwie in den Parteigremien verhandelt wird. Das ist deshalb für mich überhaupt nicht transparent. Das kann man nicht als Argument herbeiziehen.

Majorz bedeute, dass die Persönlichkeit Vorrang habe, hat der hoch geschätzte Pierre-Yves Grivel gesagt. Ich möchte Ihnen nicht zu nahetreten, aber ich kenne in jeder Partei Personen, Persönlichkeiten, denen ich persönlich den Vorrang gäbe gegenüber denjenigen, die aufgestellt oder bereits gewählt sind, genau wegen der mangelnden Transparenz. Ich würde vielen hier in diesem Saal, aber auch ausserhalb dieses Gremiums, Regierungsratsqualitäten zutrauen, nachdem ich mit ihnen gearbeitet habe. Aber sie schaffen es eben nie auf dieses Schild; das finde ich irgendwie schade. Diese Persönlichkeiten kann ich gar nicht wählen. Es wurde gesagt, dass auch die anderen Kantone alle Majorz haben. Dort wird das dann aber in den grossen Gemeinden, Kommunen und auch in den grossen Städten durchgezogen. Wir haben das hier eben nicht, wir sehen, dass es anders auch ginge.

Vielleicht noch zum zweiten Punkt: Auf Facebook wird jetzt wieder überall behauptet: «Ich wähle jetzt *meine* Regierungsräte!» Dann werden die vier, die man aufschreiben muss, abgebildet. Man kann nicht mehr einfach nur die gedruckte ... – man muss zumindest etwas machen, das ist schon ein Vorteil. Aber dann werden die vier Personen der Gruppe, die man unterstützt, hingestellt. Sie sehen dann überall drei leere Zeilen! Das heisst – und das hat nichts mit Majorz oder Persönlichkeitswahlen zu tun, wie es vorhin gesagt wurde –, nur mein Block ist mir wichtig. Nein! Ich will doch sieben Personen führen können. Das macht es einfacher. Basel hat das vorgemacht: Ankreuzen! Wenn Sie ankreuzen können, haben Sie wirklich die Chance auf den Siebener im Lotto. Dann haben Sie nämlich wirklich diejenigen, die am meisten Stimmen haben. Stimmen Sie also beiden Punkten zu. Wenn Sie dem ersten Punkt zustimmen, was uns freuen würde, müssen wir über den Zweiten nicht mehr abstimmen.

Markus Wenger, Spiez (EVP), Mitmotionär, Fraktionssprecher. Ich spreche hier als Fraktionssprecher und Mitmotionär und habe damit fast unendliche Redezeit. Wie wird wirklich gewählt? Wir sprechen vom Majorzverfahren, aber es ist doch Tatsache, dass die Parteiversammlungen eines linken und eines rechten Blocks je ein 4er-Ticket machen. Diese beiden Blöcke treten anschliessend gegeneinander an. Schliesslich gibt es noch irgendwelche Statisten von kleineren Parteien, die eine untergeordnete Rolle spielen – das nennt man dann Demokratie.

Sie haben es gehört von Jan Gnägi und Christoph Grupp: Auch wenn sie heute beide noch mit der Sonnenbrille im Seitenwagen der grossen Brüder durch die Welt fahren, kann es tatsächlich so sein, dass irgendwann wieder Regenwetter kommt. Sie sind dann zu Tode betrübt und fänden es halt doch gut, wir hätten das Proporzverfahren. Man könnte dann entsprechend der persönlichen Stärke – und nicht des Blocks, bei dem man gerade mitmacht – gewählt werden.

Denken Sie deshalb noch einmal darüber nach. Es wäre tatsächlich nicht dumm, wenn wir dieses Proporzverfahren einführen würden und damit die tatsächliche Stärke der Parteien oder der entsprechenden Gruppe, die sich bildet, abbilden. Damit hätte man dann vielleicht nicht mehr einfach nur zwei Blöcke, die man mit relativ grossem finanziellem Aufwand gegeneinander losschickt, sondern wir hätten vielleicht 3 bis 4 Gruppen, die sich für einen solchen Sitz engagierten, dies dann eben auch noch mit Auswahl! Welche der Gruppen die obsiegende ist, liegt im Gunst der Wähler, die den Zettel einwerfen. Machen Sie also mit, stimmen Sie zu – das ist eine tolle Sache!

Maurane Riesen, La Neuveville (PSA), intervenante à titre personnel. On l'a entendu : il y a des arguments qui parlent pour les deux systèmes. Ce qui m'a poussé à venir m'exprimer ici, c'est qu'il a été beaucoup question du siège réservé au Jura bernois pour l'exécutif et qu'on est venu aussi s'adresser à moi en tant que représentante d'un petit parti dans le Jura bernois. Le siège réservé au Jura bernois pour le Conseil-exécutif est important. Il est important pour la cohésion du canton. C'est une situation d'élection qui est très particulière mais qui a fait ses preuves et il est important que ce système puisse être maintenu.

C'était d'ailleurs la raison pour laquelle, pour nous, il était impensable qu'il n'y ait pas de débat démocratique autour du siège réservé pour le Jura bernois dans la présente election.

Je pense qu'une remise en question générale du système d'élection... – enfin, j'ai peur plutôt qu'une remise en question générale du système d'élection pour le Conseil-exécutif puisse aussi remettre en question la légitimité de ce siège réservé. La situation actuelle fait que les membres du gouvernement représentent quelque part l'ensemble du canton. Un petit parti régional du Jura bernois ne peut pas faire un siège seul. Il ne peut pas le faire sans le soutien du reste du canton, il ne le peut pas. Dans la situation actuelle, il ne le peut pas non plus dans un système proportionnel. A mon avis, ce n'est pas le moment de changer ce système et de remettre en question le mode d'élection et de remettre en question peut-être aussi le siège réservé au Jura bernois. Je vais donc m'opposer à cette proposition.

Mohamed Hamdaoui, Biel/Bienne (Le Centre), intervenant à titre personnel. Entre les deux, mon cœur balance. Le système actuel a le mérite d'assurer une certaine stabilité puisque la plupart des partis sont représentés au gouvernement et ça évite en principe le risque d'avoir des gouvernements monocolores comme on l'a vu dans certains cantons où ça a été un peu catastrophique. Mais ça a un inconvénient, ce système, c'est qu'on assiste, lors des élections, à un affrontement bloc contre bloc, et j'ai horreur de cela, je trouve ça stérile, limite puéril. L'autre système, le système proportionnel, il aurait l'avantage d'ouvrir davantage la voie à des petites formations, aussi à des personnalités qui sont peut-être hors du sérail, mais ça aussi l'inconvénient d'avoir, peut-être, un risque d'instabilité. Mais je trouve que ce système-là, si on garantit effectivement le siège du Jura bernois, ne serait pas forcément idiot.

Il y a une chose qui m'a un tout petit peu choqué dans ce débat, c'est une des raisons pour lesquelles je suis intervenu : c'est que certaines personnes ont dit que si on changeait de système, le peuple ne comprendrait pas. Mais bon sang de bois, je pense que le peuple, il est capable de comprendre, surtout si on prend la peine de lui expliquer. Pour ces raisons-là, moi, je vous invite à accepter cette motion pour qu'un projet concret soit présenté et puisse être soumis au peuple qui est capable de comprendre et de décider par lui-même.

Raphael Lanz, Thun (SVP), Einzelsprecher. Es wurde gesagt, dass wir jetzt gerechnet haben und auf andere Wahlsysteme gekommen sind. Es ist nicht nur einfach das, was dazu geführt hat, dass die SVP hierzu die Meinung geändert hat. Wir haben ja Erfahrungen in verschiedenen Orten, bspw. in der Stadt Thun, aus der ich komme. Wir hatten bei uns verschiedenste Wahlsysteme. Dann geschahen immer wieder Abwahlen, die man nicht voraussah etc. Schlussendlich haben wir uns einfach für einen Nationalratsproporz über 5 Sitze geeinigt. Das funktioniert – es funktioniert problemlos! Die massgebenden Kräfte sind in die Regierung eingebunden, und es werden gute Leute gewählt. Also die Gefahr, die vom Proporzsystem ausgehe, kann ich aus der Praxis nicht bestätigen. Man sagt ja jeweils, beim Majorzsystem würden eben Persönlichkeiten gewählt – wir haben das vorher auch gehört. Da muss ich einfach fragen: Haben wir denn in den kleineren Parteien in diesem Saal keine Persönlichkeiten? Meine Erfahrung ist eine andere. Es gibt dort durchaus Persönlichkeiten, aber das Wahlsystem schafft für sie gewisse Nachteile. Es gibt kein perfektes Wahlsystem. Das mussten wir bei uns auch erfahren – wir hatten verschiedene Übungen. Es gibt kein perfektes Wahlsystem, jedes hat Vor- und Nachteile. Ich glaube aber, dass der Proporz langfristig Vorteile hat. Insbesondere gibt es z. B. die Blockaden, die es zwischen dem Grossen Rat und dem Regierungsrat geben kann, wenn die Mehrheitsverhältnisse ganz unterschiedlich sind, seltener, wenn die beiden Gremien proportional zusammengesetzt sind.

Die Majorzwahl braucht gerade von den grossen Parteien teilweise eine gewisse Selbstbeschränkung, das muss man auch sagen. Rein theoretisch kann man bei einer Majorzwahl mit 51 Prozent alle Sitze machen – aber das wollen wir ja nicht. Oder man kann – wie dies jetzt gerade von der SP angestrebt wird – mit 22 Prozent 43 Prozent der Sitze anstreben. Das kann man in einer Majorzwahl machen. Aber man muss sich einfach fragen, ob es langfristig demokratisch richtig ist. Ich bin aufgrund der Erfahrungen, die wir bei uns gemacht haben, zu der Überzeugung gekommen, dass ein Proporzsystem nicht mehr Nachteile hat als das Majorzsystem, sondern langfristig Vorteile bietet, und deshalb würde ich Ihnen vorschlagen, diesen Vorstoss anzunehmen.

Vizepräsident. Ich schliesse die Rednerliste nach dem nächsten Sprecher.

Thomas Brönnimann, Mittelhäusern (glp), Einzelsprecher. Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, vor Ihnen steht ein solches Produkt der Proporz-Exekutive aus Köniz. Dank dem Proporz hatte ich das Privileg, dass ich vor 8 Jahren in Köniz in den Gemeinderat gewählt wurde. Ich weiss, dass es bei der SVP und der SP viele gab, die fanden: «Was, irgend so einer, den man nicht kennt? Von einer Partei, die man nicht kennt, und die ohnehin nur kommt und wieder geht? Was soll das?» Viele hatten mehr Stimmen als wir, und fanden es total daneben, dass jetzt einer mit so wenig Stimmen das Restmandat erobert – und das erst noch dank einer Listenverbindung mit der EVP und der CVP. «Das geht doch nicht!»

Ich weiss es nicht, vielleicht wäre es wirklich klüger gewesen? Gewisse wären froh, ich wäre nicht via Proporz gewählt worden. Andere wären vielleicht auch froh, wenn es auch bei uns in Köniz Majorzwahlen gäbe. Urs Graf sagt sich vielleicht: «Ohne Majorzsystem wäre ich nie Gemeindepräsident von Interlaken geworden; es ist doch ein Segen, dass einmal ein SP-ler gewählt wurde.» Vielleicht prägt einen die persönliche Erfahrung ein wenig. Meine Erfahrung ist, dass es doch ein ziemlich stabiles Regierungssystem gibt, weil ein System eigentlich nur dann stabil ist, wenn die Regierung den Rückhalt im Parlament hat. Der Proporz bildet halt die Stärken im Parlament ab.

Als Christoph Grupp und Urs Graf sprachen, kam mir ein Wort in den Sinn, das ich vor 30 Jahren während meines Austauschjahrs in Genf lernte. Vielleicht kennt es Urs Graf, vielleicht lernt er es jetzt. Es heisst «la langue de bois». Ich habe es in der Zeitung gelesen und wusste nicht, was es heisst. Meistens hiess es im Zusammenhang «la langue de bois des politiciens». Ich musste es damals nachschlagen, und auch jetzt noch einmal. Der Fachbegriff dafür ist Xylolalie. Ich bin dem nicht nachgegangen: Vielleicht bezieht sich «-lalie» auf labern ... Auf jeden Fall heisst es dann schön, dass es eine rhetorische Figur sei, die ausschliesslich propagandistischen Zwecken dient und der ideologischen Manipulationen der Öffentlichkeit, mit dem Ziel, die Macht zu erreichen oder zu erhalten.

Heute stimmt die SP wahrscheinlich für Majorz, weil sie glaubt, damit in 3 Wochen die Mehrheit zu erobern. Vielleicht hat die SVP auch irgendwie gerechnet und gedacht, dass es vielleicht für 3 Sitze reicht, und man dann nicht mehr auf die Juniorpartner angewiesen ist. Es geht um die Macht. Aber vielleicht pocht die SP schon morgen, wenn wir in Köniz Ersatzwahlen haben, darauf, dass sie als grösste Partei im Parlament Anspruch auf einen Sitz nach Proporz hat, und dass es gar nicht gehe, wenn sich die anderen verbünden und mit 51 Prozent die SP hinausschmeissen. Sie sehen also: es geht um Macht. Nennen wir es doch beim Namen, und reden wir nicht um den heissen Brei!

Aber es gibt auch noch so etwas wie ein staatspolitisches Grundverständnis. (*Der Präsident bittet den Redner, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'orateur de conclure.*) Diesbezüglich muss ich zu Christoph Grupp blicken. Es kann sein, dass Proporz Extremisten hervorbringt – wenn die Parteien Extremisten nominieren. Aber ich sage Ihnen: Proporz mit Panaschieren verhindert jeden Extremisten. Deshalb haben wir den Präsidenten Lanz in Thun – Erich Hess würde nirgends gewählt.

Samuel Krähenbühl, Unterlangenegg (SVP), Einzelsprecher. Ich kann Sie beruhigen: Wir zweifeln keine Sekunde daran, dass die vier Bürgerlichen die Wahlen gewinnen. Es ist bei uns sicher nicht der Grund, dass wir befürchten, dass etwas beim Mächtigkeitsgewicht passieren könnte – obschon natürlich die von Grossratskollege Lanz beschriebene Situation rein theoretisch eintreffen

könnte und natürlich bedenklich wäre, zumal dann die SP provoziert hätte, dass eine Frau weniger in der Regierung wäre, was eigentlich auch erstaunlich ist.

Ich möchte noch ein paar andere Punkte erwähnen. Zuerst zur Sorge unserer geschätzten Kollegin aus dem Jura Bernois um die Kohäsion des Kantons Bern. Da habe ich schon ein bisschen gestaunt – wenn man eigentlich in einer politischen Partei ist, die das gegensätzliche Ziel der Kohäsion des Kantons Bern zum Ziel hat ... dass sich jetzt ausgerechnet *sie* Sorgen macht um diesen Zusammenhalt – ja, honi soit qui mal y pense. Zum Argument, es wäre nicht transparent erklärbar, weshalb der im Berner Jura am besten Gewählte dann auch im Berner Regierungsrat einsitzt: Ob der durchschnittlich mathematisch begabte Stimmbürger oder die Stimmbürgerin das geometrische Mittel so viel besser versteht – davon bin ich auch nicht so ganz überzeugt. Ich glaube Urs Graf hat dieses Argument gebracht.

Was mich aber vor allem auch irritiert, wenn ich die Diskussion zur Motion Vanoni (M 134-2021) von vorhin im Kopf habe, ist Folgendes: Man will auf Jahre hinaus und auf Promille genau planen, wer Grossratspräsident werden soll – gerecht und nach Proporz. Warum will man das denn für den Regierungsrat nicht? Hängt das vielleicht einfach damit zusammen, dass die Grünen ihren Posten im Regierungsrat haben? Hier vorne haben sie es jetzt halt eine Weile nicht mehr bekommen. Fragen über Fragen ...

Ich glaube, dass es ganz viele Gründe dafür gibt, diesen Schritt jetzt zu machen und den Proporz einzuführen. Wir haben ihn damit noch nicht eingeführt. Es wurde erwähnt, dass dies ein langer Prozess ist. Wenn man schlauer geworden ist – das kann auf beiden Seiten noch passieren – kann man ja die Position wieder ändern. Vielleicht merken Sie, dass es sinnvoll wäre, oder wir merken, dass es doch nicht so sinnvoll ist. Es ist ja noch nichts passiert. Ich bitte Sie deshalb, die Motion anzunehmen, im Sinne einer Prüfung eines gerechten proportionalen Systems – also genau dessen, was Sie für das Grossratspräsidium unbedingt wollen.

André Roggli, Rüscheegg Heubach (Die Mitte), Einzelsprecher. Ich fühle mich gerade etwa 30 Jahre – oder fast 40 Jahre – zurückversetzt, als wir in Rüscheegg als die stärkste Kraft entschieden, dass wir nicht mehr in der Gemeindeversammlung einfach jemanden für den Gemeinderat vorschlagen, sondern Proporzwahlen machen. Man hat dann umgesetzt, dass dieser elende Minderheitsschutz wegfällt, damit man nicht noch der schwächsten Kraft einen Sitz zugestehen muss. Man hat das wegen zu wenig Stimmen abgeschafft.

Die Tatsache ist: Nach den nächsten Wahlen war das Verhältnis nicht mehr 6 zu 1, sondern 4 zu 3. Der Frust war schon bei den ersten Wahlen nach der Einführung des Proporz gross. Ein paar Jahre später hatten wir freie Wähler. Dann machten diese plötzlich mit weniger Kandidaten mehr Sitze, und man musste Leute nachnominieren. Ich selber war einer. Beim zweiten Mal, als ich in den Gemeinderat kam, wurde ich so nachnominiert. Ich war in keinem Wahlkampf, und wurde gar nicht gewählt. Zum Glück konnte ich dann 4 Jahre später das beste Resultat erzielen. Aber der Bürger versteht es einfach nicht, wenn jemand nachrutscht, der nie kandidiert hat. Genau das kann im Proporz passieren.

Es kann durchaus passieren im Proporz – daran möchte ich Sie erinnern –, dass plötzlich jemand im Regierungsrat aufhört. Dann kann ein Parteivorstand bestimmen, wen man in diese Regierung schickt. Wollen Sie das wirklich? Versteht der Bürger das? Ich bin nicht sicher. Im Moment sind wir ausgewogen – Frauen, Männer, Stadt und Land. Es kann dann durchaus passieren, dass wir nur noch Städter in dieser Regierung haben, oder nur noch Leute vom Land. Wollen wir das? Nein, wir wollen die Ausgewogenheit. Deshalb appelliere ich dafür, dass Sie bei dieser Entscheidung achtsam sind, wirklich noch einmal über die Bücher gehen und dann wie die Regierung abstimmen. Das finde ich sehr wichtig.

Vielleicht noch an Hannes Zaugg: Man kann auch Wahlkampf betreiben, wenn man hier vorne ist. Astrid Bärtschi heisst die Mitte-Kandidatin. Schreib es dir bitte gerade auf, damit du sie dann auf deinen Zettel schreiben kannst. (*Heiterkeit / Hilarité*)

Beat Schori, Bern (SVP), Einzelsprecher. Ich habe eine andere Meinung; ich habe keine Angst vor Veränderungen. Wenn Sie den Vorstoss heute versenken, haben wir nicht einmal die Möglichkeit,

das im Detail zu besprechen. Sie würden uns auch nicht die Möglichkeit geben zu prüfen, welche Vorteile das eine oder das andere System hat. Vielleicht kommen wir dann in der Detailberatung darauf, dass das heutige System gar nicht so schlecht ist. Das ist möglich, aber geben wir uns doch die Chance, dass wir das einmal im Detail diskutieren können.

Ich möchte Sie ermuntern, der Motion zuzustimmen, damit wir die Möglichkeit haben, das ganze Vorgehen einmal gründlich zu analysieren und vielleicht bessere Möglichkeiten oder ein besseres System hinbekommen. Also: keine Angst vor Erneuerungen – stimmen Sie dieser Motion zu!

Michel Seiler, Trubschachen (parteilos), Einzelsprecher. Die Frage ist hier schon lange: Bleiben wir im Macht- und Angstdenken stehen, oder wollen wir eine grösstmögliche freie Vielfalt der Bevölkerung in unserer Regierung abzeichnen? Ich danke für mehr Mut zur Kreativität. Ich stimme Ja und hoffe, dass dies die Mehrheit hier auch will.

Raphael Lanz, Thun (SVP), Einzelsprecher. Ich will noch einmal etwas sagen, weil André Roggli vorhin Nachteile des Proporzsystems aufgezeigt hat, die nicht bestehen, wenn man es anders regelt – und man kann es anders regeln! Ich kann Ihnen ein Beispiel nennen, weil wir das jetzt gerade hatten: Bei uns gibt es kein Nachrutschen, ausser bis 3 Monate nach den Wahlen. Wenn jemand gar nicht kann etc., kann man nachrutschen, aber danach haben wir eine Majorzwahl. Einfach eine Ersatzwahl – wer mehr Stimmen macht, ist gewählt. Wir hatten das jetzt gerade! Der Kollege Roman Gimmel trat bei uns während der Legislatur zurück. Es gab eine Nachwahl; dort gewinnt dann die Person, die mehr Stimmen hat. Das ist das Erste. Dieses Nachrücken ist also im Proporzsystem nicht zwingend.

Zweitens ist es auch nicht zwingend, dass man dann einfach Parteien nominiert oder irgend so etwas. Das wäre ja etwas undemokratisch, was vorhin als Nachteil aufgeführt wurde. Auch das muss man eben anders regeln. Deshalb will ich Ihnen im Sinne meiner Vorredner schon vorschlagen: Unterstützen Sie doch diesen Vorstoss, dann kann man nachher genau diese Fragen klären, und es gibt Beispiele, bei denen das funktioniert.

Urs Graf, Interlaken (SP), Einzelsprecher. Ich gebe ja zu, dass es bei Majorz und Proporz Vor- und Nachteile gibt, das müssen wir nicht diskutieren. Aber als eine etwas ältere Person hier in diesem Saal möchte ich Sie an ein Ereignis erinnern, das tatsächlich im Kanton Bern passiert ist: Der Altnationalrat Günter – damals LDU – hatte das beste Resultat im ganzen Kanton, wurde aber nicht gewählt, weil der LDU keinen Sitz hatte. Das ist Proporz. Er musste dann für die nächsten Wahlen zur SP wechseln, das hat ihn weitergebracht, das ist schon gut ... (*Heiterkeit / Hilarité*) Dann wurde er wieder gewählt. Aber genau so etwas bei der Regierung – das ginge nicht. Das wäre eine demokratische Katastrophe. Denken Sie daran!

Vizepräsident. Staatschreiber Auer hat das Wort.

Christoph Auer, Staatsschreiber. Zwischendurch kann mich auch der SVP überraschen, ich muss es zugeben. Ich habe in der Vorbereitung auf dieses Geschäft Debatten nachgelesen von 2015, und insbesondere habe ich das Votum von Grossrat Raphael Lanz nachgelesen, der damals für die SVP gesprochen und gesagt hat, man könne schon im Proporz wählen, es funktioniere in der Stadt Thun, aber es habe doch auch Nachteile. Es gebe Fragen bei den Listenverbindungen und wir sollten ein System nicht ändern, wenn es sich nicht wirklich nicht bewährt habe, und das Majorz-System habe sich bewährt, deshalb sollte man das nicht ändern. Vor diesem Hintergrund habe ich meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gesagt, die Debatte heute würde kurz, und dass die Sache klar sei, weil die Mehrheitsverhältnisse im Jahr 2015 ja auch sehr klar waren: 118 zu 23 Stimmen bei 10 Enthaltungen.

Dies ist auch der Grund, Grossrätin Josi: Der Regierungsrat hat nicht Angst, etwas zu machen. Der Regierungsrat respektiert einfach das, was Sie im Parlament hier beschliessen. Wenn das Parlament mit so einer grossen Mehrheit zum x-ten Mal sagt: «Wir wollen keinen Wechsel», dann ist das für den Regierungsrat schon ein Signal, wie er sich hier positionieren soll. Der Regierungsrat ist

natürlich offen, wenn Sie den Vorstoss überweisen, die Arbeit, die Denkarbeit zu machen. Es ist eine interessante Frage. Wir haben Gutachten in Auftrag gegeben, die gezeigt haben: Es ist nicht ganz einfach!

Chers Messieurs les Députés de l'UDC du Jura bernois : est-ce que vous voulez vraiment démarrer la discussion concernant la justification du siège garanti ? Dieses Gutachten hat gezeigt, dass nicht klar ist, wie man bei diesem System den garantierten Jura-Sitz gewährleisten kann. Es gibt zwei verschiedene Möglichkeiten. Die eine ist bedingt geeignet, bedingt empfehlenswert. Die andere ist eventuell, allfällig empfehlenswert. Gleichzeitig haben die Gutachter, die Rechtsexperten gesagt, dass unsicher ist, ob das bundesrechtskonform ist.

Wenn wir also diese Arbeit machen, wird ganz bestimmt die Frage kommen – wie es Grossrätin Riesen ja bereits gesagt hat: «Wenn das bundesrechtswidrig und wirklich so kompliziert ist, und Moutier ohnehin schon gegangen ist – braucht es diesen garantierten Jura-Sitz überhaupt noch? Wäre es nicht einfacher, man würde es ohne machen?» Das sind alles Risiken. Aber der Regierungsrat verschliesst sich diesem Auftrag, wie gesagt, selbstverständlich nicht, wenn Sie ihn überweisen.

Was mir und dem Regierungsrat noch nicht ganz klar ist, ist der Transparenzvorteil. Wir können dann vielleicht einmal mit Grossrat Hannes Zaugg bei einem Kaffee besprechen, weshalb es viel transparenter ist, wenn die Parteileitung die 7 Linien für eine Proporzwahl auf der glp-Liste besetzt, als eine Nominierung durch die Parteiversammlung. Das wurde mir noch nicht ganz klar, aber das kannst du mir dann sicher erklären.

Der Regierungsrat beantragt Ihnen, die Ziff. 1 dieses Vorstosses abzulehnen, so wie das schon mehrfach beschlossen wurde, im Wissen darum, dass es einen Kanton gibt in der Schweiz, der dieses System hat; 25 Kantone haben das nicht. Man könnte das machen, aber im Kanton Bern haben wir wirklich die zusätzliche Schwierigkeit und Herausforderung mit dem Jura-Sitz. Das hat die Stadt Thun nicht. Dort gibt es kein Quartier mit einem garantierten Sitz in der Exekutive. Aber im Kanton Bern haben wir diese Schwierigkeit, das müssen wir auch mitberücksichtigen.

Was die Ziff. 2 anbelangt, beantragen wir auch Abweisung dieses Begehrens. Wir haben das Begehren eigentlich erfüllt; man hätte sich auch überlegen können, die Abschreibung zu beantragen – Annahme und Abschreibung. Wir haben ja eine offene Liste, und wir haben einen Wahlzettel mit 7 Zeilen. Wir haben ja eben gerade nicht das System, zu dem die Sprecherin der SVP gesagt hat, müsse man wieder zurückgehen, mit den vorgedruckten ausseramtlichen Wahlzetteln der Parteien. Wir haben ein System, das die Transparenz oder die Auswahl will, die Casimir von Arx will. Das einzige was fehlt, ist ein Kästchen mit einem Kreuz. Nur deshalb beantragt die Regierung, das abzulehnen. Das ändert nichts daran, dass die Wählenden eine Liste haben mit 18 Namen, 18 Bildern und einen Zettel mit 7 Linien, die sie ausfüllen können. Wir beantragen also im Namen des Regierungsrates, auch diese Ziff. 2 abzulehnen.

Vizepräsident. Der Motionär wünscht noch einmal das Wort.

Casimir von Arx, Schliern b. Köniz (glp), Motionär. Gerade zum letzten Punkt: Wenn es nur dieses Kästchen braucht, ist es ja auch kein grosser Aufwand, dieses auf den Wahlzettel zu setzen.

Ich greife ein paar Punkte aus der Debatte auf. Vielen Dank für die Debatte – ich stelle fest, dass die Anwesenheit äusserst vollzählig ist. Das weist darauf hin, dass es ein knappes Ergebnis geben könnte. Transparenz war ein Argument. Grossrat Krähenbühl hat es, glaube ich, Grossrat Graf zugeschoben; eigentlich war es Grossrat Grupp, der das geometrische Mittel angesprochen hat. Ich wollte dies auch aufgreifen: Ich glaube nicht, dass heute besonders gut verstanden wird, wie dieser Jura-Sitz vergeben wird. Man hat das geometrische Mittel ja nur deswegen eingeführt, weil man die Verzerrung der gesamtkantonalen Verhältnisse in Grenzen halten will. Deshalb redet ja der ganze Kanton via geometrisches Mittel über den Jura-Sitz mit. Mit dem System, das wir vorschlagen, könnte man sagen: Ok, man wählt den Gesamtregierungsrat im Proporz, und kann den Jura-Sitz dann im Berner Jura im Majorz wählen. Ich glaube, das wäre wesentlich transparenter. Urs Graf hat dafür ein paar andere Argumente gebracht, ich gehe jetzt nicht im Detail darauf ein. Ich habe ein-

fach einen Einzelfall einer Einzelperson gesehen, der hier als wichtiges Argument angeführt wurde, und dann irgendetwas von Autoritarismus der Regierung – das habe ich nicht ganz verstanden. Ich komme noch einmal kurz zurück auf den Jura-Sitz. Die Diskussion wurde jetzt auch vom Staatschreiber angedeutet. Ja, Moutier tritt aus, das ist so. Sie wechseln den Kanton, das ist bekannt. Alleine dieser Umstand wird natürlich Diskussionen über den Jura-Sitz hervorrufen. Deshalb ist es ja auch sinnvoll, dass wir hier eine Lösung vorschlagen, die eben auch die Akzeptanz dieses Jura-Sitzes stärken kann, weil durch das Proporzsystem der Jura-Sitz, der dann von einer kleineren Gruppierung gehalten wird als heute, die Mehrheit im Gesamtregerungsrat nicht mehr kippen kann. Dann noch zu Grossrat Roggli: Die Verhältnisse in einer kleinen Gemeinde sind halt doch nicht die gleichen wie im Kanton. Ich habe keine Angst, dass es im Regierungsrat zu einer stillen Wahl kommt oder so; ich glaube, das ist wirklich nicht so der springende Punkt. Ein anderer Unterschied ist, dass man sich in einer kleinen Gemeinde besser kennt. Dort spielt halt die Personenkenntnis effektiv eine grössere Rolle als im Kanton.

Es wurde ein paar Mal gesagt, dass beide Systeme Vor- und Nachteile haben. Vielleicht kurz zur Theorie und Wahlpraxis: Bei der Majorzwahl haben wir in der Theorie eine Personenwahl. In der Praxis treten zweifellos Persönlichkeiten an. Gut, über mich sollen andere urteilen, aber darum geht es nicht. Man hat halt, wie gesagt, innerhalb des politischen Lagers eigentlich gar keine Auswahl, und konzentriert sich im Wahlprozess halt trotzdem lieber auf die Partei. Im Proporz wäre das anders. Dort hätte man innerhalb der politischen Strömung, die man bevorzugt, eine Auswahl, und wird sich tatsächlich auch mehr mit den einzelnen Personen auseinandersetzen.

Das Proporzsystem ist schliesslich auch das Wahlsystem der Mässigung, und es begrenzt allfällige Allmachtfantasien – von welcher Partei auch immer, weil man halt mit 51 Prozent die Mehrheit nicht holen kann. *(Der Präsident bittet den Redner, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'orateur de conclure.)* Bitte überweisen Sie diese Motion und senden Sie dem Regierungsrat diesmal das richtige Signal.

Vizepräsident. Wir kommen zur Abstimmung. Es wird verlangt, punktweise abzustimmen. Wer dem Punkt 1 zustimmt, stimmt Ja, wer ihn ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.222: Ziff. 1 / ch. 1

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui	65
Nein / Non	76
Enthalten / Abstentions	4

Vizepräsident. Sie haben Punkt 1 abgelehnt.

Dann kommen wir zu Punkt 2: Wer den Punkt 2 annimmt, stimmt Ja, wer ihn ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.222: Ziff. 2 / ch. 2

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui	62
Nein / Non	78
Enthalten / Abstentions	4

Vizepräsident. Sie haben den Punkt 2 ebenfalls abgelehnt.